AMTSBLATT

DER BUNDESSTADT BONN

48. Jahrgang 28. September 2016 Nummer 42

Inhalt Seite 1263 Öffentliche Zustellung nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006 (GV NRW. S. 94 /SGV NRW 2010) in der zurzeit gültigen Fassung Zustellung von Bescheiden (Amt für Soziales und Woh-Öffentliche Zustellung nach § 10 des 1264 Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006 (GV NRW, S. 94 /SGV NRW 2010) in der zurzeit gültigen Fassung Zustellung eines Bescheides (Ausländeramt) 1265 Offenlegung einer Grenzniederschrift Gemarkung Beuel Flur 20, Flurstück 2765 Absicht der Einziehung von Verkehrs-1267 flächen Stadtbezirk Bonn Ortsteil Bonn-Zentrum Öffentliche Zustellung nach § 10 des 1268 Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006 (GV NRW. S. 94 /SGV NRW 2010) in der zurzeit gültigen Fassung Zustellung von Bescheiden (Bürgerdienste) Bekanntmachung der Energie- und 1269 Wasserversorgung Bonn /Rhein-Sieg GmbH Fernwärmepreise zum 1.10.2016 Berichtigung der Veröffentlichung der 1270 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Bundesstadt Bonn über Erlaub-

Öffentliche Zustellung nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006 (GV NRW. S. 94/SGV NRW. 2010) in der zurzeit gültigen Fassung

Leistungs- und Aufhebungsbescheid gem. §§ 45/50 SGB X der Bundesstadt Bonn

Datum: 19.09.2016 AZ: 50-143/67-3386

an Herrn Mohammad MOKHTARI

mit unzustellbarer Adresse liegt zur Abholung an den Empfänger oder dessen Bevollmächtigten während der Dienststunden im Verwaltungsgebäude Hans-Böckler-Str. 5, 53225 Bonn, Zimmer 206, bereit.

Durch die Bekanntgabe dieser Benachrichtigung gilt das genannte Schreiben als zugestellt.

Bonn, den 19.09.2016

Der Oberbürgermeister Im Auftrag (Bastin)

Öffentliche Zustellung nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006 (GV NRW. S. 94/SGV NRW. 2010) in der zurzeit gültigen Fassung

Der Bescheid - Einstellungs- und Rückforderungsbescheid nach dem Asylbewerberleistungsgesetz der Bundesstadt Bonn

Datum: 19.09.2016 Az: 50-143/ 82-02-17 an Frau Atheer Al Mahdawi,

mit z.Zt. nicht ermittelbarer Auslandsadresse liegt an den Empfänger oder deren Bevollmächtigten während der Dienststunden im Verwaltungsgebäude Hans-Böckler-Str. 5, 53225 Bonn, Zimmer 201 zur Abholung bereit. Durch die Bekanntmachung dieser Benachrichtigung gilt das genannte Schreiben als zugestellt.

Bonn, den 19.09.2016

Der Oberbürgermeister Im Auftrag

Härling

Beuel und Hardtberg, Versand erfolgt als PDF-Datei per E-Mail: 🕿 77-24 71



nisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen

Öffentliche Zustellung nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006 (GV NRW. S. 94/SGV NRW. 2010) in der zurzeit gültigen Fassung

Die Anhörung(en) der Stadt Bonn – Ausländeramt – 33-64

Datum der Verfügung	Az.:			
24.8.2016	140206214141			
Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift				
MOHAMMADI.Abdollah.Alexanderstr.11.53111 Bonn				

jetzt unbekannten Aufenthaltes, liegt/liegen zur Abholung oder Einsichtnahme durch die Empfänger oder deren Bevollmächtigten während der Dienststunden im Dienstgebäude Oxfordstr. 19, 53111 Bonn bereit.

Das vorgenannte Dokument wird durch die öffentliche Bekanntmachung zugestellt. Hierdurch werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Bonn, den 21.09.2016

Der Oberbürgermeister Im Auftrag Wendels

Bekanntmachung über die Offenlegung einer Grenzniederschrift in der Gemarkung Beuel

Anlass der Liegenschaftsvermessung ist die Teilung / Vermessung der Grenzen des Grundstücks Gemarkung Beuel, Flur 20, Flurstück 2765. Weil die Anschrift des Eigentümers eines angrenzenden Flurstücks als Beteiligte nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand ermittelt werden kann, werden das Ergebnis der Grenzermittlung sowie die Abmarkung durch Offenlegung bekannt gegeben.

Betroffen ist das in 53225 Beuel an der Straße Neustraße gelegene Grundstück mit der Katasterbezeichnung: Gemarkung Beuel, Flur 20, Flurstück 453/7. Dieses Grundstück grenzt an das vermessene Grundstück an. Die Anschrift des Eigentümers ist für das Grundstück nicht ermittelt.

Gemäß § 21 Abs. 5 des Gesetzes über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster vom 1. März 2005 (Vermessungs- und Katastergesetz-VermKatG NRW, SGV.NRW.7134), in der zur Zeit geltenden Fassung, erfolgt die Bekanntgabe des Ergebnisses der Grenzermittlung und der Abmarkung von Grundstücksgrenzen durch Offenlegung der Grenzniederschrift vom 26.08.2016 zur Geschäftsbuchnummer 62-160108 in der Zeit

vom 05.10.2016 bis 07.11.2016

bei der Bundesstadt Bonn, Amt für Bodenmanagement und Geoinformation, Berliner Platz 2, 53111 Bonn während der nachstehenden Servicezeiten:

Montags und donnerstags von 08:00 bis 18:00 Uhr und dienstags, mittwochs, freitags von 08:00 bis 13:00 Uhr.

Während der Offenlegungszeiten ist die Grenzniederschrift zur Einsichtnahme bereitgestellt.

Dem betroffenen Eigentümer, Inhabern und Inhaberinnen grundstücksgleicher Rechte ist Gelegenheit gegeben, sich über das Ergebnis der Grenzermittlung und die Abmarkung unterrichten zu lassen. Um Wartezeiten zu verkürzen, besteht die Möglichkeit einer Terminabsprache. Diese kann telefonisch unter der Rufnummer 0228 – 77 3730 oder per Email david.decker@bonn.de erfolgen.

Belehrung über Einwendungen gegen die Grenzermittlung:

Das Ergebnis der Grenzermittlung gilt gemäß § 19 Abs.1 in Verbindung mit § 21 Abs. 5 VermKatG NRW als anerkannt und die Grenzen somit als festgestellt, wenn nicht innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist Einwendungen erhoben werden. Einwendungen gegen die Grenzermittlung sind schriftlich oder zur Niederschrift bei mir unter der Anschrift Berliner Platz 2, 53111 Bonn zu erheben.

Belehrung über den Rechtsbehelf gegen die Abmarkung:

Gegen die Abmarkung kann innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist Klage erhoben

werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln oder Postfach 103744, 50477 Köln schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des

Urkundsbeamten/der Urkundsbeamtin in der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts Köln zu erklären.

Die Klage kann auch in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und den Finanzgerichten im Lande Nordrhein-Westfalen – ERVVO VG/FG – (SGV.NRW.320) in der jeweils geltenden Fassung eingereicht werden. Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach § 2 Nummer 3 des Signaturgesetzes vom 16. Mai 2001 (BGBI. 1 S. 876) in der jeweils geltenden Fassung versehen sein und an die elektronische Poststelle des Gerichts übermittelt werden.

Wird die Klage schriftlich erhoben, so sollen der Klage und allen Schriftsätzen vorbehaltlich des § 55a Abs. 2 Satz 2 Verwaltungsgerichtsordnung Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden (§ 81 VwGO).

Falls die Frist zur Erhebung von Einwendungen gegen das Ergebnis der Grenzermittlung oder die Frist zur Klageerhebung gegen die Abmarkung durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten.

Die besonderen technischen Voraussetzungen sind unter www.egvp.de aufgeführt.

Diese öffentliche Bekanntmachung ist zusätzlich im Internet unter www.bonn.de einsehbar.

Bonn, 20.09.2016

Der Oberbürgermeister

Im Auftrag

Jürgen Braun

(Leiter des Amtes für Bodenmanagement und Geoinformation)

Absicht der Einziehung von Verkehrsflächen

Die folgenden Verkehrsflächen im **Bereich Maximilianpassage/Südüberbauung** sowie im Bereich **Am Hauptbahnhof, Maximilianstraße und Poststraße** im Stadtbezirk Bonn, Ortsteil Bonn-Zentrum sollen gemäß § 7 Abs.1, 2, 4 und 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23.09.1995 (GV. NRW. S. 1028) in der zurzeit geltenden Fassung eingezogen werden.

Fußgängerbereich in der -1-Ebene und in der EG-Ebene.

In den Anlagen 1-3 mit gekennzeichnet.

Fläche südlich des Baukörpers Südüberbauung gegenüber der Einmündung in die Gangolfstraße (BO-36-864 tlw.).

In der Anlage 4 mit gekennzeichnet.

Treppenaufgang von der -1-Ebene zur Gangolfstraße sowie ein Teilstück der Rampe von der -1-Ebene zum Busbahnhof.

Hinweis in Anlage 4.

Fläche zwischen Baukörper Südüberbauung und Maximilianstraße (BO-36 864 tlw.).

In der Anlage 4 mit gekennzeichnet.

Teilfläche der Maximilianstraße (BO-36-868 tlw.).

In der Anlage 4 mit gekennzeichnet.

Teilbereich der Straße "Am Hauptbahnhof" (BO-36-860 tlw.).

In der Anlage 4 mit gekennzeichnet.

Fläche der früheren Straße "Sankt-Klara-Bastei" zwischen Maximilianstraße und "Am Hauptbahnhof" (BO-18-1617 tlw.).

In der Anlage 4 mit gekennzeichnet.

Die Wirkung der Absichtserklärung der Einziehung beginnt am Tag ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesstadt Bonn.

Es besteht die Möglichkeit, sich beim Bauordnungsamt der Bundesstadt Bonn, Stadthaus, Etage 5C, Berliner Platz 2, 53103 Bonn, Telefonnummer 77 2917, <u>ute.kistenich@bonn.de</u> zu den Öffnungszeiten Montag und Dienstag von 08.00 – 13.00 Uhr und Donnerstag von 13.00 – 18.00 Uhr, über das Einziehungsverfahren zu informieren. Karten der einzuziehenden Flächen liegen zur Einsicht bereit.

Ab Bekanntgabe besteht innerhalb von drei Monaten die Gelegenheit, Einwendungen zu erheben. Einwendungen richten Sie bitte schriftlich, zur Niederschrift oder in elektronischer Form an die vorgenannte Adresse des Bauordnungsamtes.

Bonn, den 19. September 2016

Der Oberbürgermeister Im Auftrag

gez. Walter Hudec Abteilungsleiter

Öffentliche Zustellung

nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006 (GV NRW. S. 94 / SGV NRW. 2010) in der zurzeit gültigen Fassung

Die Bescheide der Stadt Bonn - Amt 33 - 2 -

Datum	PK-Nr.			
14.09.2016	7777.1944.0650			
Betroffene/r				
Giovanni Ragusa, Jagdweg 4	5 - 47, 53115 Bonn			
Datum	PK-Nr.			
14.09.2016	7777.2404.7465			
Betroffene/r				
Abdullah Mesfer Alghamdi, B	reitscheidstraße 6, 70174 Stuttgart			
Datum	PK-Nr.			
14.06.2016	7777.2441.7475			
Betroffene/r				
Damian Ducal, Roisdorfer Sti	aße 2, 50389 Wesseling			
Datum	PK-Nr.			
03.08.2016	7777.1927.6621			
Betroffene/r				
Kai Flügel, Mülhauser Straße	5, 50739 Köln			
Datum	PK-Nr.			
03.08.2016	7777.2474.6770			
Betroffene/r				
Márió Tóth, Parkstraße 49, 5	1147 Köln			
Datum	PK-Nr.			
15.09.2016	7777.1915.7304			
Betroffene/r				
Robert Muster, Jütlandring 44	1, 22419 Hamburg			
Datum	PK-Nr.			
29.08.2016	7777.2472.8365			
Betroffene/r				
Amos Gyldas Batala, Oberstraße 13, EG, 42107 Wuppertal				
Datum	PK-Nr.			
25.08.2016	7779.3287.0736			
Betroffene/r				
Carsten Seidel, Königswinterer Straße 399, 53227 Bonn				

jetzt unbekannten Aufenthaltes, liegen zur Abholung durch die Empfänger oder deren Bevollmächtigten während der Dienststunden im Stadthaus, Berliner Platz 2, Etage 4 A, Registratur, 53111 Bonn, bereit. Das vorgenannte Dokument wird durch die öffentliche Bekanntmachung zugestellt; hierdurch werden Rechtsmittelfristen in Gang gesetzt.

Bonn, den 20.09.2016

Der Oberbürgermeister Im Auftrag

gez. Hoppenkamps

Bekanntmachung der Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH

Fernwärmepreise zum 01.10.2016:

Nach § 3 des Fernwärmeliefervertrages bestimmen die Werte der folgenden Elemente den Fernwärmepreis der Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH zum 01.10.2016:

Element	Wert zum 01.10.2016
Investitionsgüterindex	104,65
Lohn	16,63
Erdgasindex Großhandel	14,85
Erdgasindex Haushalte	108,60
CO2-Preis	5,68
Zuteilung Zertifikate	0,5168

Daraus resultieren folgende Preise zum 01.10.2016:

	netto	brutto*
Jahresgrundpreis		
für die ersten 10 kW	94,14 Euro	112,03 Euro
für jedes kW darüber hinaus	35,33 Euro/kW	42,04 Euro/kW
Arbeitspreis	4,797 Cent/kWh	5,708 Cent/kWh
Emissionspreis	0,061 Cent/kWh	0,073 Cent/kWh

^{*}in den Bruttopreisen ist die Umsatzsteuer von zurzeit 19 Prozent enthalten

Der Arbeitspreis verändert sich damit um -9,9%. Davon entfallen 0,3% auf den Lohn, -9,8% auf den Erdgasindex Großhandel und -0,4% auf den Erdgasindex Haushalte (gerundete Werte).

Berichtigung der Veröffentlichung der 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Bundesstadt Bonn über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen

Im Amtsblatt der Bundesstadt Bonn Nr. 31 vom 20. Juli 2016 wurde durch ein Büroversehen leider eine überholte Fassung des Gebührentarifs zur Satzung der Bundesstadt Bonn über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen veröffentlicht. Die vom Rat der Bundessstadt Bonn am 30. Juni 2016 beschlossene Änderungssatzung wird daher nunmehr nachstehend mit korrektem Wortlaut erneut öffentlich bekanntgemacht:

1. Satzung zur Änderung der Satzung der Bundesstadt Bonn über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen

Vom 11. Juli 2016

Der Rat der Bundesstadt Bonn hat in seiner Sitzung am 30. Juni 2016, vorbehaltlich der nunmehr erfolgten Stellungnahme der Bezirksvertretung Bad Godesberg vom 6. Juli 2016, aufgrund der §§ 18, 19 und 19a des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1995 (GV. NRW. S. 1028/SGV. NRW. 91), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2014 (GV. NRW. S. 294), sowie des § 8 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 1994 (BGBl. I S. 854), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474), und des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. S. 496), folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Der Gebührentarif zur Satzung der Bundesstadt Bonn über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen vom 29. September 2015 (Amtsblatt der Bundesstadt Bonn S. 1246) wird wie folgt geändert:

Gebührentarif zur Satzung der Bundesstadt Bonn über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen

Tarif-	Art der Sondernutzung	Bemessungs-	Benutzungsgebühr in EURO			Mindest-
Nr.	(Bemessungsgrundlage)	zeitraum	Geltungsbereich Gestaltungs- und Werbesatzung Bonner Innen- stadt	Fußgänger- zone Bad Godesberg	übriges Stadt- gebiet	gebühr EURO
1	Verkaufsauslagen in Verbindung mit Geschäftslokalen je angef. m² Grundfläche	monatl.	10,60	7,90	6,60	19,80
2	Tische und Sitzgelegen- heiten, die zu gewerblichen Zwecken auf öffentlicher Verkehrsfläche aufgestellt werden					
a)	je angef. m² Grundfläche	jährlich	- 73,90	- 55,40	37,00	- 40,90
b)	-	monatlich	13,20	10,60	6,60	40,90
c)	(nur von OktMärz)	wöchentlich	2,60	2,00	1,30	19,80
3	Werbemaßnahmen für wirtschaftl. Zwecke					
a)	Werbe-Kfz und Werbeanhänger je angef. m² Werbefläche	tägl.	2,20	2,20	2,20	27,50
b)	Informationsstände (bis 10m²) je angef. m² Grundfläche	tägl.	4,00	3,30	2,60	34,30
c)	Großflächige Nutzungen (ab 11 m²) je angef. m² Grundfläche	tägl.	11,00	8,80	5,50	71,50
4	Zeitungsständer	tagi.	11,00	8,80	3,30	71,30
	je angef. m² Grundfläche a) vor eigenem Ladenlokal	monatl.	5,30	4,30	3,30	34,30
	b) Verkaufshilfen für Zeitungen	jährl.	67,30	54,10	40,90	
5	großflächige Aufbauten oder Nutzungen (Zelte, Busse, Pavillons, Park- platzreservierungen, Veranstaltungen u.a.); ohne Bereitstellung von Wasser und Strom je angef. m² Grundfläche	tägl.	0,20	0,18	0,13	34,30

6	Verkaufsstände					
6.1	Verkerst von Weih					
6.1	Verkauf von Weih- nachtsbäumen und					
	Tannenzweigen außer-					
	halb eines Marktes					
	je angef. m² Grundfläche	tägl.	0,34	0,26	0,20	34,30
6.2	Verkaufswagen, -karren					
0.2	und -fahrräder					
	(z.B. Imbiss, Speisen und					
	Getränke)					
	je angef. m² Grundfläche					
a)	kurzfristige Nutzung	tägl.	37,00	30,40	23,80	47,50
b)	langfristige Nutzung	monatl.	108,20	87,10	80,50	
6.3	Blumen-, Obst- und	monati.	100,20	67,10	80,30	
0.0	Gemüsestände; Eis-,					
	Getränke- und					
	Crêpesstände in					
	Verbindung mit einem					
	Geschäftslokal	T = 1	3.60	3.00	1 20	24.20
	je angef. m² Grundfläche	tägl.	2,60	2,00	1,30	34,30
			Jahrespauschale: Es	werden ledigli	ch 300 Tag	e berechnet.
6.4	Lotteriestände					
Ī	je angef. m² Grundfläche	wöchentl.	6,60	5,30	3,30	19,80
-	G., 1, 20					
7	Geschäftswagen und -container bei Objekt-					
	sanierungen					
	, .					
	je angef. m² Grundfläche	wöchentl.	26,40	19,80	13,20	337,90
8	Sammelcontainer für		im St	adtgebiet		
	Wertstoffe aus Abfällen					
	je angef. m² Grundfläche	jährl.	2	26,40		
9	Verkauf im Umher-					
	fahren aus Kfz oder					
	Verkaufsanhängern					
	- außerhalb von Volks-					
	festen oder marktähn-					
	lichen Veranstaltungen					
	und Demonstrationen					
	je angef. m² Grundfläche					
a)	Verkauf von Urprodukten					
~,	(z.B. Frischfleisch und					
	Frischfisch, Obst und					
	Gemüse), vorgefertigten					
	Backwaren und Eis	tägl.		0,41		34,30
b)	Verkauf von Imbisswaren					
IJ,	und sonstigen frisch					
	zum Verzehr zubereiteten					
	Speisen und/oder Ge-					
	tränken (z.B Burger, Brat-					
	wurst, belegte Brötchen,					_
	Crepes, Kaffee)	tägl.		2,80		34,30

	1	T	T			T
10	Verteilen von Hand-					
	zetteln oder Werbe-					
	material, Umher-					
	ziehen mit Plakattafeln					
	am Körper zum Zwecke					
	der Werbung und					
	kommerzielle Passanten-					
	befragung					
	's Danie	18.1		40.00		
	je Person	tägl.		19,80		
11	Handverkauf von					
	Zeitungen					
	(je Person)	tägl.		6,60		
12	Bauchläden					
	je angef. m²	tägl.		5,30		34,30
13	Abstellen von nicht					
-	zum Verkehr zugelasse-					
	nen Kraftfahrzeugen					
	a) PKW	tägl.		6,60		34,30
	b) LKW	tägl.		17,20		34,30
	a) Krafträdor	+ = ~		2.00		10.80
	c) Krafträder	tägl.		2,00		19,80
	d) Einachsanhänger					
	werden wie PKW,					
	mehrachsige					
	Anhänger wie LKW					
	berechnet					
Tarif-	Art der Sondernutzung	Bemessungs-	Benutzung	sgebühr in EUR	0	Mindest-
Nr.	(Bemessungsgrundlage)	zeitraum	ZONE I	ZONE II	ZONE III	gebühr
14	Automaton Audom		Anlage/rot	blau	farblos	EURO
14	Automaten, Auslage- und Schaukästen					
	Telefongeräte, Vitrinen					
	releiongerate, vitrinen					
	je angef. m² Grundfläche	jährl.	80,50	60,70	47,50	80,50
15	Lagerung/					
	Aufstellung von					
	Gegenständen, die					
	nicht unter eine					
	andere Nr. des					
	Tarifs fällt; z.B.					
	Fahrradständer					
	ohne Werbung,					
	Pflanzkübel		4.00	2.22	2.60	24.22
	je angef. m²	monatl.	4,00	3,30	2,60	34,30
16	Grundfläche Tribünen					
10						
	je angef. m² Grundfläche	tägl.	2,00	1,30	0,70	13,20
17	Mülltonnenschränke					
	und -standplatz					
				1	1	I
	je angef. m² Grundfläche	jährl.	40,90	34,30	26,40	40,90
18	Baucontainer, Bau-	jährl.	40,90	34,30	26,40	40,90
18		jährl.	40,90	34,30	26,40	40,90

	von Arbeitswagen,					
	Baumaschinen und					
	Baugeräten mit und					
	ohne Bauzaun					
	je angef. m² Grundfläche	monatl.	3,30	2,60	2,00	54,10
	nach Ablauf von 6 Monaten	monatl.	4,60	4,00	3,30	67,30
	nach Ablauf von 12 Monaten	monatl.	6,60	5,90	5,30	87,10
	nach Ablauf von 18 Monaten	monatl.	11,90	11,20	10,60	121,40
19	Aufstellen eines Containers oder Wechselbehälters je Stück	wöchentlich	34,30	26,40	19,80	34,30
	je stack	Woenentilen	34,30	20,40	13,00	34,30
20	Aufzug-/Biereinlass-/ Kellerlichtschächte					
	je angef. m² Grundfläche	jährl.	40,90	34,30	26,40	40,90
21	Gleise, soweit sie nicht dem öffentlichen Nahverkehr dienen					
	je Gleis je angef. 100 m	monatl.	47,50	40,90	34,30	47,50
22	Maste / Bodenhülsen Verkehrsspiegel					
	je Stück	jährl.	40,90	34,30	26,40	40,90
Tarif-	Art der Sondernutzung	Bemessungs-	Gebühr (Euro)	•	•	
Nr.		einheit				
23	Befahren der Gemeinde- straßen zum Zwecke der	Angefangener Kilometer Ge-	Je angef. Km.	26,40		
	digitalen / fotografischen	meindestraße	Soweit ein gemeinni	itziger oder koj	n wirtschaf	tlicher
İ	Aufnahme bzw. Datener-	memuestraise	Soweit ein gemeinnütziger oder kein wirtschaftlicher Zweck verfolgt wird, kann die Gebühr ermäßigt			
	I Alithanme nzw. Datener-		Weck Abligion wird	Kann die Geni	nr ermakır	T I

Artikel II

Diese Satzung tritt am 01. Oktober 2016 in Kraft.

_ _ _

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser

Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

c) der Oberbürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bonn, den 11. Juli 2016

Sridharan Oberbürgermeister

Anmerkung:

Bei der vorstehenden Veröffentlichung handelt es sich lediglich um eine redaktionelle Berichtigung.

Bonn, den 16. September 2016

Sridharan Oberbürgermeister







